

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete

Verantwortlich: Walter Hiete.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“ „Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 221

Bad Schandau, Sonnabend, den 20. September 1930

74. Jahrgang

Keine Regierung mit dem Marxismus.

Einführung des grundlegenden Wahlversprechens.

Von Paul Oskar Seidl.

Noch niemals in der deutschen Geschichte bedeutete ein Wahlergebnis für alle Beteiligten eine so starke Nervensprobe wie die Entscheidung der Wähler vom 14. September. Regierung und Parteien stellten ihre gesamte Leistungsfähigkeit in den Dienst der Aufrüttelung der Wahlberechtigten. Diese wichtige Arbeit ist von Erfolg begleitet gewesen. Jeder richtig geführte Wahlkampf wird eine kräftige Belebung des politischen Interesses durch Steigerung der Wahlbeteiligung werden. Von dieser Ueberlegung aus betrachtet, bedeutet das Ergebnis der jüngsten Wahlschlacht einen so großen Sieg für den Gedanken, daß das Wahlrecht als Wahlpflicht betrachtet werden muß, wie ihn selbst die Wahlen zur Nationalversammlung mit der Wahlbeteiligung von 82,68 Prozent nicht gebracht haben. Der Wille der Wähler zur Mitwirkung an der Gestaltung der politischen Geschichte unseres Vaterlandes erwies sich also als so lebendig wie noch niemals seit der Aenderung der Staatsform im Jahre 1918.

Die außergewöhnliche Anteilnahme der Wahlberechtigten, ihr Sturmlauf an die Wahlurnen über die Heftigkeit des politischen Feuers vom 19. Januar 1919 hinaus ist durch nichts anderes erreicht worden als durch die Parole: Gegen den Marxismus. Sie wurde ausgegeben von sämtlichen Parteien des sozialen Bürgertums, das trotz seiner immer noch phantastischen Zersplitterung im Zeichen dieser Parole zu einem klaren Erfolge gelangt ist. Es steht zahlenmäßig im neuen Reichstag kräftiger da als im alten. Der antimarxistische Charakter der Wahlen vom 14. September tritt noch deutlicher hervor im Wahlschicksal der zahlreichen bürgerlichen Parteien. Soweit sie einmal in Koalition mit dem Marxismus verbunden sind, wandte sich das Vertrauen der Wähler von ihnen ab. Wenn es nur dem Zentrum gesüßt ist, mit der Zunahme der Wahlbeteiligung ungefähr gleichen Schritt zu halten, so dankt es diese günstige Entwicklung, abgesehen von seiner organisatorischen Geschlossenheit, vor allem der Beharrlichkeit, mit der sein Kanzler Brüning in dem Frage- und Antwortduell zwischen ihm und Braun die Lebensnotwendigkeiten des sozialen Bürgertums hoch gehalten hat. Alle anderen Parteigruppen jedoch haben den Versuch der Zusammenarbeit mit dem Marxismus durch den Verlust gewaltiger Wählermassen bezahlen müssen, die in geschlossenen Heerhaufen der Fahne zugeflüchtet sind, unter der am planvollsten und rücksichtslosesten gegen den Marxismus gekämpft wurde. Das ist geschehen mit dem Schwung und der Wucht einer echten gewaltigen Volksbewegung, eines Ereignisses in unserer politischen Geschichte, der gegenüber alle Wahlbündnisse, alle Wahlarithmetik hoffnungslos versagen muß.

Wenn man aus dieser Lage schlussfolgernd an die Regierungsneubildung gehen will, steht man gewiß vor einer ungeheuer schwierigen Aufgabe, infolge des schlechthin lächerlichen Farbenreichtums, der den am 14. September gewählten Reichstag immer noch kennzeichnet. Schicksalswahl hat man die Entscheidung vom 14. September genannt. Eine Schicksalsfrage ist auch die Regierungsbildung. Wird das soziale Bürgertum sich noch einmal mit dem Marxismus einlassen können?

Einer bejahenden Beantwortung dieser Frage steht die Willensstimmung der Wähler gegen den Marxismus entgegen. Umso schwieriger wird man in diesem Augenblick verzeihen können, daß der Marxismus durch die entscheidende Abstimmung am 18. Juli dieses Jahres den Teil des sozialen Bürgertums, der aus Rücksicht auf breite Arbeitnehmerschichten mit der sozialdemokratischen Funktionärschaft zusammen zu arbeiten versuchte, einfach verriet, als das Schicksal des Reiches eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen und finanziellen Schlagkraft, eine ernste Befinnung auf dem Wege der Versorgungs-politik gebieterisch erforderte. Was hinter der Masse der Parteifunktionäre und Parteiliteraten blieb, die wir Mitte Oktober noch einmal in den Reichstag einziehen sehen, ist nicht die Mehrheit der arbeitnehmenden Schichten, der Massen des werktätigen Volkes, sondern besteht zu einem großen Teil aus verängstigten Versorgungsberechtigten im weitesten Sinne, die von der Not der Gesamtheit bisher noch nicht zur Preisgabe ihres Versorgungsstandpunktes gebracht worden sind. Ist dieser Marxismus, der unser Volk in die Gefahr brachte, sich in die beiden erbittert gegeneinander ringenden Fronten Versorgte und Versorgte aufzulösen, nach diesen Wahlen überhaupt noch hindernsfähig? Soll die Wiederaufbauarbeit unserer Wirtschaft, unserer kulturellen und geistigen Beden-tung, die mit dem Sturz des Kabinetts Müller-Hilferding begann, fortgesetzt werden?

Das sind Fragen, an deren Beantwortung man zu denken hat, ehe man zum Rechenstift greift. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht nunmehr geschlossener denn je nicht hinter jenen, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, sondern folgt der zwar recht bunten, aber doch in der einen Ueberzeugung verbundenen stärkeren Schaar, das es immer ein Vaterland geben wird, das Deutschland heißt. Und das Vaterland? Es hat noch keinem Volke geschadet, daß es sich entschlossen zeigt, seine Lebensnotwendigkeiten wahr zu nehmen!

Der geeignete Augenblick ist noch nicht gekommen!

Die Reichsregierung fordert jetzt nicht die Revision des Youngplanes

Berlin. Der „Petit Parisien“ berichtet aus Berlin von Gerüchten, wonach die Reichsregierung bereit sei, die Revision des Youngplanes zu betreiben und bei den ausländischen Regierungen einzuleiten. Die französische Zeitung begründet diese Gerüchte mit verschiedenen Wahlreden der Minister, besonders zieht sie eine Rede des Reichsinnenministers Dr. Wirth zum Beweis heran. Hierzu teilen unterrichtete Kreise mit, kein Mitglied des Reichskabinetts habe jemals Äußerungen getan, aus denen geschlossen werden könne, die Reichsregierung strebe eine Revision des Youngplanes an. Alles, was über Revision usw. geschrieben werde, habe nur dann einen Zweck, wenn die Weltöffentlichkeit für diesen Gedanken reif sei. Da man aber hiervon noch weit entfernt sei, denke die Reichsregierung gar nicht daran, in diesem Augenblick die Revision des Youngplanes zu fordern.

Die ersten Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Berlin. Das Zentralkomitee der KPD. hat die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion beauftragt, einen Antrag auf Einstellung der gesamten Youngzahlungen einzubringen. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird ferner dem neuen Reichstag ein umfassendes Sparprogramm vorlegen, das Anträge auf Streichung bei den Ausgaben für Reichswehr, Polizei, bei den Gehältern der Minister und oberen Beamten usw. vorsieht.

Die „rote Fahne“ vom Sonnabend veröffentlicht die Rede des Parteiführers Thälmann vor den Berliner Fraktionsfunktionären der KPD., in der Thälmann diese und noch weitere Anträge der kommunistischen Partei Deutschlands anständig, sowie kommunistische Anträge auf Auflösung des Landtages in Preußen und in anderen Ländern des Reiches.

Kampf um die Minderheiten

Briand nimmt entschieden gegen den deutschen Standpunkt Stellung!

Genf, 19. September.

Der politische Ausschuss der Völkerbundsversammlung begann Freitag mit der Beratung der Minderheitenfrage, die durch einen Antrag der deutschen Delegation vor die diesjährige Völkerbundsversammlung gebracht worden ist.

Im Auftrag der deutschen Delegation legte Reichsminister a. D. Koch-Weser den Standpunkt der deutschen Regierung dar. Er führte unter anderem aus, der verlorene Außenminister Dr. Stresemann habe auf der letzten Völkerbundsversammlung es als selbstverständlich erklärt, daß sich der Völkerbund mit der Minderheitenfrage und mit der Lösung der dem Völkerbund hierin gestellten Aufgaben beschäftigen werde. Die deutsche Delegation halte es daher für erforderlich, die verschiedenen Aspekte des Minderheitenproblems regelmäßig in einem Völkerbunds-ausschuss zu erörtern.

Immer mehr gewinne die Erkenntnis Raum, daß die Minderheitenfrage eine befriedigende Lösung finden muß, wenn eine politische Entspannung in Europa erreicht werden soll. Man könne sich des Eindruckes nicht erwehren, als könne der Völkerbund angesichts der zunehmenden Bedeutung des Minderheitenproblems und im Hinblick auf die gesteigerte Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in Bezug auf diese Frage in die Gefahr geraten, hinter der Entwicklung zurückzubleiben.

„Ich möchte glauben“, so fuhr Dr. Koch fort, „daß dieses Problem in Zukunft einer seiner Tragweite angemessene Beachtung im Jahresbericht des Generalsekretärs finden möchte.“ Der Jahresbericht enthält nichts über die auf Grund der Madrider Beschlüsse vorgelegene Statistik über die Minderheitenbeschwerden. Ich spreche, glaube ich, nicht nur für die deutsche Delegation, wenn ich ebenso wie die Öffentlichkeit hier eine Erwähnung der Tätigkeit der Dreierkomitees vermissen.

Zu der Handhabung des Beschwerdeverfahrens, soweit es durch die Madrider Beschlüsse verbessert worden ist, bemerkte der deutsche Delegierte, daß die Anwendung des Beschwerdeverfahrens im Interesse des Schutzes der Minderheiten noch wesentlich vervollkommenet werden könne.

Nach der veröffentlichten Statistik seien von 57 Petitionsfällen 26, also beinahe die Hälfte, als nicht empfangsfähig erklärt worden. Die Auslegung der Bestimmungen über die Zulässigkeit von Beschwerden müsse möglichst weitzugig gehandhabt werden.

Man begeht einen schweren Fehler, betonte Koch-Weser, wenn man Minderheitenpetitionen grundsätzlich als relativ belanglose Sachen ansehen will. Da das Minderheitenbeschwerdeverfahren bisher der einzige Weg ist, auf dem der Völkerbund seine Garantiepflicht erfüllt, muß besonderer Wert darauf gelegt werden, daß die Dreierkomitees die an sie gelangenden Beschwerden möglichst eingehend prüfen. Von der den Dreierkomitees durch Ziffer 3 der Madrider Beschlüsse gegebenen Ermächtigung, auch zwischen den Arbeitstagungen Sitzungen abzuhalten, ist bisher kein Gebrauch gemacht worden. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Dreierkomitees möglichst weit-

gehenden Gebrauch von der Veröffentlichung ihrer Untersuchungen machen. Inhaltlich müßte die Veröffentlichung möglichst klar gefaßt sein. Jedes Ratsmitglied muß in der Lage sein, sich fortlaufend über den Stand eines Beschwerdeverfahrens zu unterrichten.

Die Minderheitenfrage, so erklärte der deutsche Delegierte zum Schluß, ist ein allgemeines europäisches Problem. Der Kern dieses Problems ist nicht mehr und nicht weniger, als den Minderheiten den Schutz ihrer Menschenrechte auf Wahrung ihres Volkstums, ihrer Muttersprache, ihrer Kultur und Religion im Rahmen des Staates, in dem sie leben, nicht nur rechtlich zu verbrieft, sondern auch praktisch zu verwirklichen. Die gegebenen Mittel zwischen zwei Kulturen und damit die Vorkämpfer des geeinten Europas sind die Minderheiten, die ihre Kultur frei entwickeln können. Die Befriedigung und Annäherung Europas geht nicht nur über gefallene Zollgrenzen, sondern in erster Linie über befriedigte Minderheiten.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wandte sich der französische Außenminister Briand

jagegen, daß der Rat eine Aenderung des Verfahrens der Madrider Beschlüsse vornehmen solle. Gegen die Schaffung einer ständigen Minderheitenkommission habe er Bedenken. Zudem habe jeder Staat heute schon die Möglichkeit, Minderheitenfragen vor den Völkerbundsrat zu bringen.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der tschechoslowakische Außenminister Benesch, der u. a. erklärte, daß seine Regierung über die bestehenden Verpflichtungen hinaus keine neuen übernehmen würde.

Der ungarische Delegierte Apponyi stellte fest, daß in den Friedensverträgen den Minderheiten Schutz und freie Entwicklung zugesichert sei, woraus sich für die betreffenden Staaten die Pflicht ergebe, diese Verträge zu respektieren. Das jetzige Verfahren verleihe nur unvollkommen den Beschwerden der Minderheiten Gehör.

Mit Entschiedenheit trat er der Auffassung Benesch entgegen, daß der Rat eine Aenderung des Verfahrens ohne Zustimmung der Regierungen nicht beschließen könne. Der Völkerbund habe auf diesem Gebiete ein Souveränitätsrecht. Wenn Beschlüsse des Rates von den betreffenden Staaten nicht angenommen würden, lehnten sie sich in Gegensatz zu den Friedensverträgen.

Die Schaffung einer ständigen Minderheitenkommission würde einen großen Fortschritt bedeuten. Zum Schluß erklärte er seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Sekretariats auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes.

Die Unterredung Curtius-Briand

Paris, 19. September.

Ueber die Unterredung des Reichsaußenministers Dr. Curtius mit Außenminister Briand will der Außenpolitiker des „Matin“ berichten können, daß Curtius und Briand sich zunächst über die Vorschläge betreffend das Verfahren für die weitere Behandlung des Europaplanes verständigt hätten. Beide seien der Ansicht, daß der Ausschuss jetzt gebildet werden und zwischen den beiden Völkerbunds-tagungen in Tätigkeit treten müsse.